

## Großer Auftritt für die Luftnummer

Neue Presse

THEMA DES TAGES

Dass dabei immer noch allzu viel Überflüssiges auf Tellern rot-grüner Kundschaft landet, beklagte FDP-Ratschherr Martin Hexelschneider in grundsätzlicher Rede an die rot-grüne Kurve im Ratssaal: „Sie vergessen die Menschen in der Mitte der Gesellschaft, diejenigen, die nicht bei der Stadt um irgendetwas bitten.“ Sozialdemokrat Ralf Borchers forderte die FDP auf, nicht ständig zu behaupten, man würde nur linke Gruppen bedienen.

Vorschläge der politischen Konkurrenz lehnte die Koalition durchweg ab. Darunter auch das von der CDU vorgelegte Sparprogramm, mit dem die Union die finanzielle Lage der Stadt um 127 Millionen Euro verbessern wollte. Die Christdemokraten ergänzten darin Vorschläge von Kämmerer Marc Hansmann (SPD): Im Etat angeblich verstreute „Haushaltsreste“ von 23 Millionen Euro auflösen und etliche Zuschüsse abschaffen, für sozialen Wohnungsbau etwa. Sparen also, weit mehr als die von Rot-Grün beschlossenen 55 Millionen Euro. OB Stephan Weil erinnerte ob dieses bürgerlichen Sparwillens im Ratsfoyer amüsiert an das Zitat: „Jetzt ist nicht die Zeit, zu sparen.“ Weil will es von Angela Merkel, Christian Wulff, Wolfgang Schäuble und David McAllister gehört haben. Natürlich alle in der CDU, sonst wäre es für Weil ja nicht lustig.

Auch kleinere Fraktionen scheiterten mit ihren Anträgen. Die FDP wollte die Wochenarbeitszeit im Rathaus um eine auf 39,5 Stunden verlängern, um so 137 Stellen einzusparen – sowie allmählich die Zuschüsse für Vereine und Verbände kürzen. 50 Millionen Euro sollte das bringen. Allein 23 Änderungswünsche brachte die Hannoversche Linke vor, in denen sie jeweils einzelne Einsparungen ablehnte und, unter anderem, die Abschaffung des Essensgeldes in Schulen und Kitas forderte.

Dass die Gruppe gleichzeitig die hohe Verschuldung der Stadt anprangerte, veranlasste Hexelschneider zum Ulk des Tages, die Linke wolle „Reichtum für alle. Auf Kosten der anderen.“

160 Millionen Euro beträgt das Minus im gestern von Rot-Grün beschlossenen Jahresetat 2010.

## Rekorddefizit

(SPD) warf er vor, ein „mutloses“ Spar-konzept vorgelegt zu haben.

Die Linke monierte, dass „kleine Leute die Zeche zahlen sollen“. Mit etlichen Anträgen forderte die Hannoversche Linke erfolglos, von Rot-Grün beabsichtigte Kürzungen zurückzunehmen. Die WFH wollte die Verwendung städtischer Beihilfen schärfer prüfen lassen. Größter Posten im Stadtetat sind mit 369 Millionen Euro Personalausgaben. 313 Millionen Euro zahlt die Stadt für die Umlage an die Region Hannover, für Sozialhilfeleistungen zahlt Hannover 273 Millionen Euro. Die Verschuldung kostet ebenfalls: 49 Millionen Euro für Zinsen, 35 Millionen Euro für Tilgung. Der Schuldenstand von Kernverwaltung und städtischen Betrieben beträgt nun insgesamt 1,5 Milliarden Euro.

## Keine Langeweile im Rat ...

Mit den Stimmen von Rot-Grün wurde das HSK VII gestern im Rat beschlossen – gegen die Stimmen der Opposition. Deren Änderungsanträge, die Hannoversche Linke hatte gleich 24 eingebracht, wurden durch die Bank abgelehnt.

„Ist eine Generaldebatte zum HSK gewünscht?“, hatte Oberbürgermeister Stephan Weil eingangs gefragt. Nicht alle beantworteten diese Frage mit „Ja“, dennoch wurde ausgiebig diskutiert: „Die Sparmaßnahmen sind nicht sozial“, kritisierte CDU-Ratsfrau Kerstin Seitz. „Das HSK VII verdient das Prädikat solide“, entgegnete SPD-Ratschherr Ralf Borchers. Und: „Die Änderungsanträge von CDU und FDP sind nicht durchdacht.“ Die „Zuckerwatteanträge“ der Linken wollte er gar nicht kommentieren.

Hannoversche Allgemeine

Freitag, 18. Dezember 2009